

# Wo verläuft die Front?

Femizide nehmen auch in Deutschland zu: Die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Im Jahr 2023 haben knapp über 250.000 Menschen häusliche Gewalt erfahren, ein Anstieg von 6,5 Prozent. Zwei Drittel der Opfer waren dabei von Partnerschaftsgewalt betroffen, fast 80 Prozent von ihnen sind Frauen. 2023 wurden 155 Frauen durch ihren Partner oder Ex-Partner ermordet.

Für das zweite Quartal 2024 sind dem Bundeskriminalamt bis 30. Juni insgesamt 715 politisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet worden. Darunter waren laut Bundesregierung 19 Gewalttaten und 302 Volksverhetzungen

Das Bundesinnenministerium hat für das Jahr 2023 bundesweit 1.464 antimuslimische Straftaten und 70 Angriffe auf muslimische Einrichtungen erfasst. Das sei ein Anstieg von mehr als 140 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Mit fast 10.000 registrierten Fällen im ersten Halbjahr 2024 halten die Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund einmal mehr den Rekord. Das sind etwa 3.000 Fälle mehr als noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Demgegenüber bleibt die Zahl von 12 Attentaten islamistischer Gewalttäter zwischen 2016 und 2024 auf einem übersichtlichen Niveau.

Nichtsdestotrotz dienen offenbar ausschließlich die Letztgenannten der Politik hierzulande als Rechtfertigung für maßlose Maßnahmen, die insbesondere solche ins Fadenkreuz nehmen, die aus ihren Herkunftsländern selbst vor solcher auf ihre Weltanschauung, ihre Religion, ihr Geschlecht oder ihre Ethnie zielenden Gewalt geflohen sind und hier auf Aufnahme und ein friedliches Leben hoffen. Mit parteienübergreifendem Herbeireden eines Notstandes infolge „irregulärer“ Zuwanderung, mit alternativen Fakten zu einer Überforderung der Verwaltungen, mit grund- und europarechtswidrigen Fantasien von einer Auslagerung der Asylverfahren, mit Ankündigungsstakkatos von immer mehr Abschiebungen – offenbar egal wohin – und Beschlüssen zum sozialen Aushungern ausreisepflichtiger Schutzsuchender liefert sich die politische Klasse einen bis dato nie dagewesenen Wettlauf der Schähigkeiten.

Wo und wie die Herrschenden in der Welt des globalen Südens nicht lange fackeln und – nicht selten mit internationaler Militärhilfe – niederbrennen, was und wen sie schaffen, scheint den innenpolitischen Diskurs hierzulande kaum zu tangieren:

Im Nahen Osten wollen die USA und Europa dem israelischen Generalstab und seinen Befehlshabern zugestehen, dass infolge der Hamas-Gewalt vom 7. Oktober 2023 die Ruinenteppe und das Massentöten von mehrheitlich Frauen und Kindern im Gaza-Streifen und die Vertreibung von Millionen im Libanon legitime Akte der Selbstverteidigung seien.

Im Schatten des Nah-Ost-Krieges und einer ignoranten Weltöffentlichkeit widersetzen sich die im Machtkampf um die reichen Rohstoffressourcen konkurrierenden Milizen im Sudan jeglichen Friedensinitiativen, legen das Land in Schutt und Asche, vertreiben über sechs Millionen Menschen, überziehen die, die nicht entkommen, mit bestialischer Gewalt und zeichnen für die weltweit größte Hungerkatastrophe verantwortlich.

Im Iran platzen die mit widerständigen Frauen und Männern überfüllten Knäste. Die Hinrichtungen erleben ein neues Allzeithoch. Die Verfolgungsdichte gegen tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle steigt mit zunehmender Eskalation des iranisch-israelischen Konflikts.

In Afghanistan herrscht inzwischen auch formal eine extremistische

Gender-Apartheid, die Frauen in die Internierung in ihren Häusern und Burkas treibt, ihnen das Lernen und Lehren untersagt und ihnen sogar das Singen und Sprechen in der Öffentlichkeit bei Androhung von Auspeitschungen und Haft verbietet.

Derweil eskalieren weltweit menschengemachte Klima- und Hungerkatastrophen und Naturzerstörung.

Denen, die trotz aller Widrigkeiten den Bedrohungen in ihrer Heimat entkommen, drohen in den Transithöllen ihrer Fluchtwege wie Tunesien, Marokko oder Albanien rassistische Hatz, tödliche Polizeigewalt oder das Umkommen auf Seelenverkäufern in stürmischer See. Im Traumziel Europa wird es nicht besser. In Griechenland, Bulgarien oder Polen geraten sie regelmäßig in Asylverweigerung, Internierung, Ausgrenzung und Kettenabschiebung. Sämtlich die eigentlichen Gründe für Weiterwanderung und das Bleibenwollen anderswo.

Dass eine insbesondere auf Abschottung und Externalisierung ausgelegte Flüchtlingspolitik weder mit Blick auf den eigenen demokratischen und menschenrechtsaffinen Unterbau Image-fördernd noch mit Blick auf die gesellschaftlichen Bedarfslagen hierzulande zielführend ist, dräut derweil auch manchem nachdenklichen Geist in der politischen Klasse. Und manchmal bilden sie sogar Mehrheiten – wie im Oktober im schleswig-holsteinischen Landtag bei seinem interfraktionellen Beschluss für ein Landesaufnahmeprogramm für Êzîd\*innen aus dem Irak.

Aber das wird nicht reichen. Die mit sich ausbreitenden rechtlastigen Wachträumen in Teilen der Gesellschaft einher gehenden Herausforderungen eines rassistischen und diskriminierenden Alltags nehmen auch die Zivilgesellschaft und seriöse Akteur\*innen der Politik in die Pflicht. In Kommunen und Gemeinden, in Nachbarschaften, auf Schul- und Behördenfluren, in Betrieben und auf der Straße. Die Front verläuft gegen die Propagandist\*innen schneller und einfacher Lösungen. Und gegen den bisweilen in Politik, Exekutive und Medien verbreiteten Irrtum, im Zuge restriktiver Maßnahmen auf dem Rücken der Mühseligen und Beladenen eine Konsolidierung der mehrheitsgesellschaftlichen Interessen zu erreichen. Aber für das gemeinsame Ziel eines guten gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Einwanderungsgesellschaft.

Gez. Martin Link

Kiel, 21.10.2024

## Impressum

**Das Magazin** für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 109 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. • **Redaktion:** Martin Link (v.i.S.d.P.), Simon Dippold • **Layout:** Kirstin Strecker • **Druck:** hansadruck, Kiel • **Fotos:** Seite 33 (Guido Kühn), Seite 38 (Muathe Abdu), Seite 41 (Kinka Tadsen), Seiten 48, 49 (Katharina Willems), Seite 57 (terre des femmes), Seiten 78, 81, 83, 87 (Mohammed Zaanoun), Seite 85 (privat), Seiten 100, 103 (Martin Link), Seiten 105, 106, 107 (Hildegard Schürings), Seite 109 (borderforensics), Seiten 112, 114, 115 (Salina Stroux), Seite 117 (Balkanbrücke e.V.), Seite 139 (Connection e.V.)

**Bilder:** Titel und Seiten 9, 11, 13, 15, 17, 19, 20, 23, 25, 27, 29, 30, 43, 46, 54, 63, 67, 71, 75, 77, 79, 82, 88, 91, 93, 95, 96, 119, 121, 123, 127, 129, 131, 133 (Weltflecken Kunst, s. Seite 27)  
**ISBN:** 978-3-941381-47-6  
**Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper  
**Adresse:** Redaktion „Der Schlepper“ · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · schlepper@frsh.de · www.frsh.de

Landesweite  
Flüchtlingshilfe



Finanziert von der Europäischen Union



UNO  
FLÜCHTLINGSHILFE